

INFORMATIONEN- UND NACHRICHTEN BÜRO HA5040

Bureau d'information et de renseignement 5040 Schöffland/AG
Tis Hagmann, Schreib-, Hand- und Mundwerker
(erscheint in der Regel wöchentlich) Ausgabe 12. Sept. 2024
tis.hagmann@bluemail.ch



Wochenbericht KW 37/2024



Das Chaos wird immer grösser. Der Bundesrat hat am 8. Mai 2024 ein Bündel von nationalen Massnahmen zur Kenntnis genommen, mit dem die **Integration von Personen mit Schutzstatus S in den Arbeitsmarkt gefördert werden soll.** Bund, Kantone, Sozialpartner und Organisationen der Betroffenen sollen enger zusammenarbeiten, um noch mehr Personen mit Schutzstatus S in den Arbeitsmarkt zu integrieren. **Einfacher:** die SSSS bleiben dann für immer da. Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) hat einen **Beauftragten für Arbeitsmarktintegration** ernannt mit dem Auftrag, den Kontakt mit den Unternehmen zu stärken. Tönt gut. Wir sind gespannt, ob und wann man von ihm etwas hört. Bei einem Jahresgehalt von ca. 200 000.- sollte er enorme Veränderungen herbeiführen können... Zudem will der Bundesrat die **Anerkennung von Qualifikationen vereinfachen.** **Einfacher: «Diplome» aus dem Busch oder Taiga werden den einheimischen Titeln gleichgestellt.** Dann soll die Vermittlung durch die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) verbessert werden. **Fragen Sie einmal bei Ihrem RAV nach, wie viele Stellenbewerber im vergangenen Jahr vermittelt wurden. Sie werden erschrecken.** Bis Ende 2024 soll damit eine Erwerbsquote von 40 Prozent erreicht werden. Wer's glaubt.

Der Schutzstatus S wird bis in alle Ewigkeit verlängert. Die Staatssender triefen vor Betroffenheit und lügen uns wieder einmal «bad news» vor. Hier einige Besuchsmöglichkeiten, falls Sie mit dem Flixbus direkt nach Kiev oder Lviv fahren. Täglich ca. 12 Direktfahrten ab Dresden und Prag.



Decadence House, Kiev, täglich geöffnet



Razzle Dazzle, Tanzclub, Kiev, täglich geöffnet



Zanzibar, Lviv, always open

Welch ein Zufall, eine Ringier Chef-Tante wird Bilderbergerin! Petra Ehmann, Group Chief Innovation and AI Officer, Ringier, and Member of the Board of Directors, Switzerland. Und Teflon-Alain hat bestimmt einen heissen Draht zu ihr, wie bis anhin zu Ringier! Siehe WEF/Young Global Leaders/2024; in Wikispooks 2024.

Bitte beachten Sie: wenn Sie den Wochenbericht erhalten, ist ein Link zu «älteren» Wochenberichten ersichtlich. Aufgeschaltet ist bis 2017. Viel Vergnügen!

Anlaufstelle für Geflüchtete. (Інформація для осіб з України, що потребують захисту)
Werden Sie «auf dem Amt» auch so grosszügig behandelt? Um Wartezeiten in den Bundesasylzentren möglichst zu vermeiden, können die Geflüchteten ab sofort per Post oder auf elektronischem Weg ein Gesuch für den Schutzstatus S einreichen und erhalten vom Staatssekretariat für Migration SEM einen **Terminvorschlag** für die Registrierung im Bundesasylzentrum. Das SEM bestätigt den Eingang des Gesuchs schriftlich per Post. Anschliessend erhalten die Personen per E-Mail einen **Einladungstermin**, um vor Ort die Registrierung vorzunehmen. Das entsprechende Formular ist auf der Webseite SEM zugänglich. Nach Gesuch-Einreichung ist die **schutzsuchende Person krankenversichert**. Stand seit 10.5.2024

Deutschland ist zum Unrechtsstaat mutiert. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf entzieht einem Ehepaar die Waffenbesitzkarten. **Als Begründung reicht die Mitgliedschaft in einer Partei, die vom Verfassungsschutz als «Verdachtsfall» eingestuft wird.** Mit anderen Worten: die Mitgliedschaft in der AfD genügt, um einem Sammler die Besitzkarte zu entziehen und damit seinen Besitz zu enteignen! **Gestapo-Chefin Faeser hat zugeschlagen!** Erst vor wenigen Monaten hatte die deutsche Innenministerin weitere Verschärfungen ihres «Massnahmenpakets gegen rechts» angekündigt, die jeden Demokraten sorgenvoll stimmen mussten. Nun sind erste Folgen weingetroffen. Sie fügen sich in ein beunruhigendes Gesamtbild. Ein **blosser Verdacht solle laut Faeser künftig für den Entzug des Waffenscheins oder der Waffenbesitzkarte reichen.** Legalen Waffenbesitz solle also enden, wenn jemand Mitglied einer Vereinigung sei, die vom Staat als rechtsextremistischer «Verdachtsfall» eingestuft werde – egal wie zuverlässig diese Person individuell auch sein möge. Genau dieser Fall ist jetzt eingetreten.

Ein Ehepaar soll wegen seiner AfD-Mitgliedschaft seine Waffen abgeben; die erforderliche Zuverlässigkeit wurde den Eheleuten aberkannt. Der Mann besitzt 197 Waffen, die Frau 27, **alle sind eingetragen und legal.** Als die zuständige Behörde registrierte, dass die beiden in der AfD sind, entzog sie ihnen die waffenrechtliche Erlaubnis und forderte beide auf, Waffen und Munition abzugeben. Was dann geschieht, ist uns bestens bekannt! Deutschlands Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang spricht von einer «wachsenden Sensibilisierung» für das Thema Extremismus, die auch zu einer «**erhöhten Meldebereitschaft**» geführt habe. Genau diese Bereitschaft stellt jedoch ein weiteres Problem dar: **Meldeportale für Meinungsäusserungen unterhalb der Strafbarkeitsgrenze** laden die Bürger förmlich zur Denunziation ein und schaffen ein Klima des Verdachts. Gegen den Bescheid klagten beide. Darum: **WER NOCH ETWAS BESORGEN KANN, SOLL ES MACHEN. ES GEHT IN DIE GESINNUNGSDIKTATUR.**

Kiew hat die erste F-16 mit ihrem Piloten verloren – laut Regierung durch technisches Versagen. Sogar UA-Quellen geben an, die eigene Luftabwehr habe den Jet vom Himmel geholt. Dabei ging eine F-16 verloren. Nach Informationen von Fachleuten wurde die F-16 irrtümlich von einer Patriot-Batterie abgeschossen. Weil die Ukri's zu wenig Erfahrung haben, das System nicht beherrschen und wahrscheinlich ein Feuerverbot nicht eingehalten haben oder gar nicht kennen. Danach wurde die Regierung mit mehr als 30 Posten ausgewechselt. Das kommt nicht einfach so... schliesslich müssen die Pfründe gesichert bleiben. Auch der Luftwaffenchef wurde fristlos entlassen. Wer in den westlichen Medien diese Meldung als wahrscheinliche Möglichkeit verbreitet, gilt bereits als «gesichert rechtsextrem» oder «russenfreundlich».

Nach dem Wahlbeben in Sachsen und Thüringen ist das globalistische System erschüttert. Unter normalen Umständen müsste (wie in jedem andern Land) die Regierung per sofort abtreten. Nicht so im «demokratischen» Sachsen und Thüringen. Und diese Propagandisten erlauben sich, mit dem Finger auf Russland und Weissrussland zu zeigen! Welche Schande, welcher Hohn! Offenbar haben die **Propagandisten «da hinten» nur Zählrahmen zum Auswerten.** Kaum hat sich das Debakel für die Westler abgezeichnet, ist ein Softwarefehler «aufgetreten»... Damit verliert die AfD die Sperrminorität im Landtag. Softwarefehler am Wahltag? Es gibt bessere Ausreden! Fauler Zauber! Auch der Umgang

bzw. die Schikanen an den Wahlbeobachtern lassen tief blicken. Aber darüber wird eisern geschwiegen.

Rassismus-Apparatschiks klagen die SVP an. Offenbar haben diese Ahnungslosen noch nie von den Zuständen in Deutschland gehört. **Auch diesen Laden kann man auflösen.** Statt die importierte Kriminalität zu bekämpfen, werden SVP-Vertreter angeklagt, die diese Missstände beim Namen nennen. Für Parteipräsident Marcel Dettling ist dies ein «skandalöser Angriff auf die Demokratie und die Meinungsäusserungsfreiheit». Die Kriminalität in der Schweiz erreicht Höchstwerte. Rund 80 Prozent der Häftlinge in der Untersuchungs- und Sicherheitshaft sind Nicht-Schweizer. Der Anteil von Ausländern und Asylanten bei Vergewaltigungen, Messerstechereien, Diebstahl, Einbruch, Raub und Gewaltdelikten ist überdurchschnittlich hoch. Die Beispiele Schweden und Deutschland zeigen, dass eine unkontrollierte Zuwanderung den Rechtsstaat und die **Sicherheit der eigenen Bevölkerung gefährdet**. In der Schweiz drohen ähnliche Verhältnisse. «Beim Namen nennen» ist **offenbar zu viel für die Eidgenössische Rassismuskommission**: Sie verlangte von der SVP, die Kriminalfälle vom Netz zu nehmen wegen «Hetze» und «Verzerrung der Realität». Andere Gruppierungen haben eine Strafanzeige gegen die SVP eingereicht wegen «Rassendiskriminierung». Die Staatsanwaltschaft Bern hat ein Verfahren eingeleitet. Dafür möchte sie nun die **parlamentarische Immunität von Ständerat Marco Chiesa und alt Nationalrat Peter Keller aufheben lassen** Marco Chiesa war zum Zeitpunkt der Strafanzeige Präsident, Peter Keller Generalsekretär der SVP Schweiz. Werfen wir noch einen **Plück auf die Zusammensetzung** der links abgedrifteten Kommission... was es nicht alles gibt

Eidg. Rassismus Kommission	Die Mitglieder
Ursula Schneider Schüttel	Alt NR, Rechtsanwältin, Präsidentin
Nora Rafeail	RA, Mediatorin
Elisabeth Ambühl-Christen	Bildungsfrau
Frédéric Favre	Staatsrat Kt. VS
Flavia Fossati	Assistenzprofessorin für Ungleichheitsstudien
Hilmi Gashi	NGO Mitarbeiter, Sendungsmacher, Leiter von Interessengruppen bei Unia
Amira Hafner-Al Jabaji	Islamwissenschaftlerin
Stefan Heinichen	Jugendarbeiter, interkultureller Mediator
Martin Hirzel	Theologe
Isabel Huser	Schriftstellerin und Übersetzerin
Jonathan Kreutner	Historiker und Staatsrechtler
Blaise Matthey	Jurist, Anwalt Dozent am INSEAD
Florence Michel	Journalistin
Samson Yemane	Politikwissenschaftler

Hier der passende Titel für den Ausmarsch von Grün-Dooffli **Sanja: «Die Bosniaken kommen» bzw. gehen.**

Welch ein Zufall, das RKI (das Reichs Korruptions Institut) findet Protokolle nicht mehr. An einem der Verhandlungstage am Berliner Verwaltungsgericht, sorgte das RKI für Ärger, als deren Vertreter erklärten, dass mehrere Protokolle aus der Frühphase der COVID-19-Pandemie „nicht mehr auffindbar“ seien. Diese Sitzungen, die am 6. und 8. Januar sowie am 8. Mai 2020 stattfanden, waren entscheidend für die damaligen Massnahmen zur Pandemiebekämpfung, die gar keine Pandemie war. Das ist nicht ein Skandal. Alle Verantwortlichen müssen sofort entlassen werden, denn das waren die Protokolle der kritischen Corona-Phase. Ebenso aus dem «Dark Room» ist die Geschichte der über 2000 Seiten Protokolle aus dem Zeitraum 14.1.2020 bis 30.4.2021. Der Herausgeber von «Multipolar» hat die Herausgabe gerichtlich erzwungen, aber zur Hauptsache geschwärzte Blätter. Und nun behauptet das RKI dass die Protokolle unauffindbar sind. Es passt zu den aktuellen Urteilen in Sachen Wucherpreise für Masken, an deren Kauf die halbe Regierung profitiert haben dürfte. Der Verlust dieser wichtigen Dokumente wirft ein beunruhigendes Licht auf die Arbeitsweise und Transparenz der deutschen Behörden während der Pandemie. Es stellt sich die Frage, ob hier bewusst Informationen zurückgehalten werden, um Fehlentscheidungen zu vertuschen. Die Tatsache, dass solche Protokolle plötzlich verschwinden, lässt Raum für Spekulationen und Misstrauen in die staatlichen Institutionen.

Verantwortlich ist die aktuelle, untaugliche Regierung, die aus Gaunern besteht. Und mit diesen «Eliten» soll dann in einer echten Krise noch Führung und Ordnung bestehen? Aber es geht weiter: **das BAG und die kantonalen Gesundheitsdirektoren** haben auf Basis dieser Lügengeschichten, die Massnahmen der Drangsalierung in der CH durchgesetzt. Bis heute werden äusserst fragwürdige Gerichtsurteile gefällt, obwohl schon längstens klar ist, dass die **ganze Corona-Seuche eine Lüge war**. Die letztgenannten «Lügen-Oligarchen» und Corona-Gehorsamen gehören entlassen oder abgewählt.



Und wieder Panikmache. Die Vogelgrippe soll im Anflug sein. Da jetzt die Zugvögel wieder Richtung Afrika abfliegen... Aber das haben die im Naturreservat, sprich Amt, sitzenden Fachkräfte noch nicht realisiert. So macht der Kanton Bern bereits vehement darauf aufmerksam, dass sich die Vogelgrippe und afrikanische Schweinepest **unaufhaltsam** ausbreitet. Und das Amt für Bevölkerungsschutz teilt mit, dass in **Oberitalien(!) ein (1) Tier** mit Schweinepest festgestellt worden sei. Und am Bodensee hat **eine (1) Ente** aufgrund der Vogelgrippe angeblich einen Sturzflug hingelegt. Und sie spinnen wirklich – die Amts-Hysteriker!

Ja, die Vogelgrippe existiert – aber nur in Form von Influenza autoritata idiota.

Am 5.9. berichteten wir darüber:

Der Rüstungschef und eine Delegation ist zu einem Arbeitsgespräch mit dem Kommando der NATO **«Support and Procurement Agency»** (NSPA) an deren Hauptsitz in Capellen, Lux, aufmarschiert. Im Mittelpunkt des Treffens steht die Präsentation der **NSPA-Dienstleistungen** sowie die Sondierung möglicher zukünftiger Kooperationen zwischen der Schweiz und der NSPA. **Einfacher: die NATO sagt uns, was die Schweiz wo zu beschaffen hat und was durch die Schweiz rollt.** Je grösser die Organisation, je grösser das Puff. **Wer hat denn diesen Auftrag erteilt?**

Und jetzt das: Deutschland straft die Schweizer Rüstungsindustrie ab, weil Schweizer Waffen nicht an die Ukraine weitergegeben werden dürfen. Deutschland will die Schweiz von bestimmten Militäreinkäufen ausschliessen. **Eben: die NATO/EU sagt uns, wo wir was zu beschaffen haben!** Deutschland hat in einem offiziellen Schreiben an das Schweizer **Bundesamt für Rüstung** (armasuisse) mitgeteilt, dass Schweizer Rüstungsunternehmen künftig von **bestimmten Militäreinkäufen ausgeschlossen** werden. **Eben:** Genau nachdem die Schweizer Delegation in Lux war. **Sind das Zufälle!** Es ist anzunehmen, dass der BR weiterschläft. Dabei wäre doch jetzt der Moment gegeben, den «lieben Nachbarn» zu zeigen, wie störrisch die Eidgenossen im Alpen Oblast sein können: ab sofort gilt eine Transportkontingentierung für dt. LKW. Oder dt. Lok's dürfen nur noch bis Basel fahren. Das führt die «Reichsbahn» innert 24 Stunden in den totalen Zusammenbruch. Nachtrag: der «Befehl» lautet also «ihr kauft nicht bei...». Wie gehabt! Dann eben anderswo.

Sie können selbst schauen und nachlesen, was es für Offiziersgesellschaften gibt. Kürzlich ist eine Gesellschaft vermehrt in den social media's in Aktion getreten. Siehe unter: www.queerofficers.ch Da will natürlich das VBS nicht im Schatten stehen bleiben und betreibt eine **Fachstelle mit 5 Vollzeitstellen** zu diesem Thema. Es spiegelt die Wohlstandsgesellschaft Schweiz. Unser **Gewährsmann «da hinten» bestätigt uns,** dass nach der intensiveren «Bewerbung» (in der CH) Spott und Unverständnis bis hinter den Ural zu hören gewesen sei. **Vorwärts, es geht vorwärts, und wenn es zurück geht, es geht vorwärts!**

Nein, ist das ein Kindergarten. Am **5. September (1 Tag!)** haben auf Ersuchen (!) Militärpolizei-Angehörige von **GB, Italien und der Slowakei** die Schweizer Militärpolizei (MP) «überprüft». Die Brüder haben sich also selbst für ein Tagesreisli eingeladen. Das diente bestimmt der «Stärkung der Verteidigungsfähigkeit!» Wahrscheinlich gab es zu Ehren der

ruhm- und glorreichen Pasta-Musterknaben Europas (mit Sonnenbrille) **Fussili al corrupta, aus der Gamella** natürlich.

Gefälligkeitsbericht liegt vor. Die politisch einseitig zusammengesetzte Studienkommission macht uns eine Annäherung an die NATO sowie an die EU-Aussen- und Sicherheitspolitik (GASP) schmackhaft. Bzw. sie will uns das so vorlügen und bereits bestehende Abkommen, Absprachen usw. nachträglich zur Norm erklären. Dies in **kompletter Missachtung der verfassungsmässig garantierten immerwährenden, bewaffneten und integralen Neutralität** unseres Landes. Das Gefälligkeits-Gutachten wurde verfasst durch die «Studienkommission Sicherheitspolitik». Und wer hat den Bericht verfasst und den Nickern unter die Nase gerieben? Ja, korrekt **Herr Catrina, der oberste Neutralitätsverkäufer. Bestens «bekannt».** Und hier das **Verzeichnis der «Fachkräfte»**, die mit wenigen Ausnahmen Ahnungslose oder Indoktrinierte sind:

Vorsitz

- **Valentin Vogt**, noch bis Ende Juni 2023 Präsident des Arbeitgeberverbandes.
Für die **Erstellung des Berichtes zuständig und Mitglied der Kommission:**

- **Christian Catrina, ehemaliger Chef Sicherheitspolitik VBS (!!!)**

Vertretungen der Fraktionen im Parlament (alphabetisch):

- Thierry Burkart, Ständerat
- Pierre-Alain Fridez, Nationalrat
- Ida Glanzmann, Nationalrätin
- Thomas Hurter, Nationalrat
- François Pointet, Nationalrat
- Marionna Schlatter, Nationalrätin

Weitere Expertinnen und Experten (alphabetisch):

- Joachim Adler, Stellvertretender Chef Sicherheitspolitik VBS
- Samantha Besson, Professorin für Völkerrecht und Europarecht
- Elisa Cadelli, Präsidentin foraus
- Peter Gehler, Vorstandsmitglied economieuisse
- Katja Gentinetta, politische Philosophin
- Laurent Goetschel, Professor für Politikwissenschaft
- Wolfgang Ischinger, ehemaliger Staatssekretär und Botschafter, Deutschland
- Marco Jorio, Historiker
- Karin Kayser-Frutschi, Co-Präsidentin der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren
- Dominik Knill, Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft
- **Michael Leupold, Kommandant der Kantonspolizei Aargau**
- Daniel Möckli, Chef Policy Planning EDA
- Philippe Rebord, ehemaliger Chef der Armee
- Jakob Signer, Präsident der Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerweh

Es ist unglaublich. Da wird also die Chefin von Fedpol (wo war der Frisör?) kurz vor der Rente gefeuert und erhält als Schweigegeld noch ein ganzes Jahresgehalt als Mitgift in den A... geschoben. **Das sind also 340 000.- Fränkli.** Und wir sollen in 2 Wochen einen tieferen Umwandlungssatz bei der Rente hinnehmen!? Noch nicht genug: die **AHV-Clique – die Ahnungslosen, Hirnlosen und Vorstellungslosen** – haben an der rührseligen Verabschiedung von Della Valle im Züricher Kunsthaus(!) ihrer Einladung (freudig) zahlreich Folge geleistet. An der Party der B-Prominenz haben «nur» **400 Nasen** bzw. «richards» teilgenommen. **Die Party der Paten.** Man gönnt sich ja sonst nichts. Peinliche Lobhudeleien en masse. Und dann noch so naiv und bescheuert, die Landsgemeinde der Schiggeria in der Weltwoche breitzuschlagen. **Dekadenz pur.** Jetzt wissen wir endlich, dass die Dame einen gailen BMW fährt und demnächst eine **alternative Bar für Hilfsbedürftige in Bern** eröffnet. Da sind dann bestimmt einige ex-Mitarbeiter anzutreffen... **Wir gehen da bestimmt nicht hin.**

Nach AUF1 nun auch beim Querdenker und Corona-Kritiker **Martin Sellner:** Bereits **das 85. Konto wurde dem politischen Aktivistin und Autor gekündigt.** Mit dem Angriff auf eine Lebensgrundlage kann man einen kritischen Bürger aushungern. Damit ist wiederum ein

Beweis erbracht, dass das «System» falsch lag und liegt und dass Big Finance mit dem Deep State verbandelt ist.